

Hausgemachte Verelendung

Hamburg: Weiterhin viele Zwangsräumungen durch städtische Wohnungsbaugesellschaft, die die bereits grassierende Wohnungs- und Obdachlosigkeit befeuern

Von Michael König

In Hamburg werden zunehmend Haushalte aus öffentlichen Wohnungen zwangsgeräumt. Dabei gehen die Räumungen insgesamt leicht zurück: 2025 setzte die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA Menschen aus 270 Wohnungen auf die Straße, 2024 waren noch 247 Haushalte betroffen. Die Gesamtzahl aller Zwangsräumungen in der Hansestadt betrug im Jahr 2025 genau 1.142, im Vergleich zu 1.201 im Vorjahr.

Das ging aus der Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage hervor, die die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Bürgerschaft, Olga Fritzsche, gestellt hatte. »Eine Zwangsräumung ist für viele Menschen der Startschuss in eine jahrelange Obdachlosigkeit«, warnte Fritzsche Anfang der Woche in einer Mitteilung. Gleichzeitig warteten bereits fast 1.300 Haushalte auf einen Platz in einer öffentlichen Unterkunft, darunter beinahe 300 Familien, die prekär bei Verwandten oder Bekannten untergebracht seien. Zuständig sind dafür in Hamburg die Fachämter für Wohnungsnotfälle, die bei den Bezirken angesiedelt sind. Fritzsche forderte, das dortige Personal aufzustocken, da der Umstand »längst kein Randproblem mehr, sondern ein handfester Notstand« sei.

Bereits zwei Mieten Rückstand berechtigen den Vermieter zur Kündigung. Häufig ist eine Räumungsklage die Folge. Dass die städtische SAGA dabei eine Vorreiterrolle einnimmt, empört Fritzsche: »Die Zahl der Zwangsräumungen bleibt auf hohem Niveau – ohne nennenswerte Verbesserung zum Vorjahr – und fast jede vierte geht auf das Konto der SAGA.« Die Linksfraktion will die Wohnungslosigkeit auch beheben, um den noch ärgeren Folgen vorzubeugen, darunter das Abrutschen in die Obdachlosigkeit. Wo echte Obdachlosigkeit enden kann, ist auch in Hamburg zu beobachten: Allein im laufenden Jahr seien mindestens 25 Menschen ohne festen Wohnsitz gestorben, wie der *NDR* Mitte März berichtete.

Für völlig durch das soziale Netz gefallene Menschen ist in der Hansestadt nun ein neues Hilfsprojekt an den Start gegangen. Nicht selten sind Obdachlose durch Sucht und andere seelische Erkrankungen eingeschränkt. Am Mittwoch eröffnete deshalb in der Nähe des Hauptbahnhofs eine Spezialambulanz für psychisch kranke Wohnungslose und Drogenabhängige. Federführend ist die Asklepios Klinik Nord/Ochsensoll. In der neuen Einrichtung im Bahnhofsviertel machen Fachärzte, Psychologen, Sozialarbeiter und Pflegekräfte fortan

niedrigschwellige Angebote, mit denen Schwerkranke, die derzeit keine feste psychiatrische Versorgung bekommen, erreicht werden sollen.

Die Ambulanz befindet sich unter dem Dach einer Unterkunft für suchtkranke Wohnungslose und liegt in unmittelbarer Nähe zur Drogenberatungsstelle »Drob Inn«. Manche Anwohnerinitiativen befürchten nun eine Magnetwirkung: Denn Drogenkonsum ist im »Drob Inn« erlaubt und der Handel mit den entsprechenden Substanzen in der Umgebung weit verbreitet. Jetzt kommt noch die psychiatrische Schwerpunktambulanz in der Repsoldstraße 27 dazu. Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer (SPD) widerspricht: »Unterstützung muss dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht wird: direkt im Umfeld des Bahnhofs.« Widersinnig erscheint demgegenüber, dass ihr Genosse, SPD-Innensenator Andy Grote, Obdachlose durch Polizei und Sicherheitsdienste vom Bahnhofsgelände vertreiben lässt.

Eine Lanze für die neue Ambulanz bricht deshalb auch Christine Hügel vom Verein Jugendhilfe. Dieser betreibt das Übergangsheim im selben Haus. »Die Zusammenarbeit zwischen Psychiatrie und Suchthilfe ist der richtige Schritt – besonders für die Behandlung und Betreuung aktiv konsumierender drogenabhängiger Menschen.« Die klaffende Behandlungslücke könne so geschlossen werden.

Während also neue Wege beschritten werden, um Menschen von der Straße zu holen, steigt durch die Zwangsräumungen der öffentlichen SAGA der Druck auf das Hilfesystem. Die Nutzung des profitorientierten Konzerns als Goldesel für den städtischen Haushalt läuft auch dem Projekt »Housing First« zuwider. Mit Unterstützung der Sozialbehörde will die Diakonie hier Menschen ohne Wohnsitz zuerst eine Wohnung bereitstellen und dann die weiterführende Hilfe organisieren. Über 3.000 Obdachlose gibt es »Housing First« zufolge in Hamburg. Freie Plätze dagegen: null.

<https://www.jungewelt.de/artikel/520349.zwangsräumungen-in-hamburg-hausgemachte-verelendung.html>